

Änderungsantrag
des Abgeordneten Manfred Such

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996
– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2606, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –
hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 28 – Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministeriums des Innern einschl. Bundesamt für Zivilschutz – wird der Titel 541 01 – Besonderer Verwaltungsaufwand im Bereich der zivilen Verteidigung – gestrichen.

Bonn, den 7. November 1995

Manfred Such

Begründung

Der zu streichende Haushaltsansatz beinhaltet 16,801 Mio. DM für die Unterhaltung, möglicherweise auch für den geplanten Ausbau (vgl. BamS v. 17. September 1995; DER SPIEGEL Nr. 32/1993) des sogenannten Ausweichsitzes der Bundesregierung in Marienthal/Eifel („Regierungsbunker“). Die Personalkosten für ca. 200 Bewachungskräfte dieses Objektes sind hierbei offenbar noch nicht berücksichtigt, sondern in einem gesonderten Titel erfaßt.

Diese gesamten Aufwendungen sollten zur Förderung des zivilen Wohnungsbaus umgeschichtet werden.

Aufgrund der geänderten sicherheitspolitischen Lage und der drastisch verringerten Gefahr eines Krieges in Deutschland einerseits sowie angesichts der insgesamt angespannten Haushaltslage andererseits ist die ersatzlose Aufgabe des Regierungsbunkers möglich und nötig. Aufgrund derartiger Erwägungen haben in den letzten Jahren bereits mehrere Landesregierungen ihre entsprechenden Einrichtungen aufgegeben und z. T. auf dem freien Immobilienmarkt angeboten.

Da die Bundesregierung nach Berlin umzieht, hat auch der Bundesrechnungshof (Vermerk vom 26. Mai 1995) die weitere Unterhaltung eines Regierungsbunkers nahe Bonn für nicht angezeigt erachtet.

Da der Mittelansatz, der im Etat-Entwurf noch mit 21 401 TDM veranschlagt war, auch nach seiner Kürzung durch den Haushaltsausschuß einer Steigerung von 200 % gegenüber dem Ansatz 1995 (5 115 TDM) entspricht, hat auch der Innenausschuß am 27. September 1995 mit den Stimmen der Koalition zumindest eine Rückführung etwa auf den Vorjahresansatz sowie eine Verwendung der frei werdenden Mittel für die Kulturarbeit gefordert (Drucksache 13/2630, S. 2).